

## Weiterbildungspolitik

*Bildungsaufgaben sind von übergeordneter Bedeutung und erfordern eine gemeinsame strategische Planung und operative Umsetzung. Der Bund muss in die Lage versetzt werden, sich in Abstimmung mit Ländern und Kommunen in der Weiterbildung strukturell und finanziell stärker zu engagieren.*

### Unsere Forderungen:

**Kooperativer Föderalismus:** Damit Bund, Länder und Gemeinden in der Weiterbildung gesamtstaatliche Verantwortung wahrnehmen, sich auf gemeinsame Ziele und Maßnahmen verständigen und die Weiterbildungsoffensive in der kommenden Legislaturperiode gemeinsam tragen und finanzieren können, sollte das Kooperationsverbot aufgehoben werden. Im Sinne des grundgesetzlichen Anspruchs auf gleichwertige Lebensverhältnisse muss der Bund die Länder darin unterstützen, den staatlichen Bildungsauftrag umfassend zu definieren und die Weiterbildung als kommunale Aufgabe ausreichend zu finanzieren.

**Weiterbildungskabinette:** Um eine inhaltliche und fachübergreifende Abstimmung zwischen den mit Weiterbildung befassten Ressorts sicherzustellen, sollen horizontal (auf Bundesebene zwischen den mit Weiterbildungsfragen befassten Ressorts) und vertikal (zur Abstimmung von Weiterbildungsfragen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden) Kabinettsausschüsse zur Weiterbildung eingerichtet werden.

**Enquete-Kommission „Zukunft der Weiterbildung“:** Eine Enquete-Kommission soll eine umfassende und strukturierte Analyse der Realität der Weiterbildung in Deutschland vornehmen, Reformbedarfe identifizieren und erforderliche Rahmenbedingungen inklusive der Finanzierungs- bzw. Förderstrukturen aufzeigen.

### Antwort

Wir stimmen zu, dass das Kooperationsverbot aufgehoben werden muss. In allen Bildungsbereichen müssen Bund, Länder und Gemeinden ihre gemeinsame Verantwortung für eine Bildungsoffensive übernehmen, die unser Land zukunftsfähig macht und den Zusammenhalt stärkt. Wir halten Weiterbildung nicht nur für eine Aufgabe der Exekutive. Daher sind „Weiterbildungskabinette“ zwar ein möglicher Ansatz, sie reichen unserer Einschätzung nach aber nicht aus, um ein breites Bündnis für die Weiterbildung zu formen. Auch die Legislativen von Bund, Ländern und Kommunen müssen aktiv beteiligt werden, vor allem aber müssen auch die Sozialpartner und die BA einbezogen werden. Deswegen ziehen wir den Vorschlag einer Enquete vor, die alle Beteiligten einbeziehen kann und öffentlich tagt. Ihr Vorgehen und ihre Ergebnisse müssen ebenfalls öffentlich gemacht werden, so dass der breite Prozess angestoßen werden kann, der zu einer weiterbildungsoffenen Gesellschaft und Wirtschaft führt.

## Weiterbildungsbeteiligung

*Die Weiterbildungsförderung muss über den Arbeitsmarkt hinaus reichen und im Sinne eines ganzheitlichen Bildungsverständnisses den Erwerb von Kompetenzen für eine souveräne Teilhabe am beruflichen und gesellschaftlichen Leben fördern.*

### Unsere Forderungen:

**Weiterbildungs-BAföG:** Das Aufstiegs-BAföG soll zu einem Weiterbildungs-BAföG ausgebaut werden, das eine systematische Weiterbildung unterstützt, die der Persönlichkeitsentwicklung dient, wichtige Schlüsselqualifikationen fördert und zur bürgerschaftlichen Teilhabe befähigt, auch jenseits konkreter beruflicher Aufstiegsperspektiven.

**Erfolgsprämien:** Erwachsene, die einen Schulabschluss nachholen oder an abschlussbezogenen Grundbildungsangeboten teilnehmen, sollen bei erfolgreichem Abschluss ebenso eine Prämie erhalten wie der bisher bereits in der Arbeitsförderung (§ 131a AWStG) begünstigte Personenkreis.

**Steuerliche Absetzbarkeit:** Weiterbildungsangebote, die im öffentlichen Interesse liegen, sollen steuerlich absetzbar sein und die Breite der geförderten Angebote muss erhöht werden. Dazu gehören neben beruflich verwertbaren Weiterbildungsmaßnahmen u.a. auch Angebote politischer Bildung, kompensatorischer Weiterbildung, abschlussbezogener Grundbildung sowie Angebote zum Erwerb von Schlüsselqualifikationen.

**Zielgruppenansprache:** Zur Sicherstellung einer verlässlichen Grundversorgung mit Angeboten zur beruflichen, politischen, gesundheitlichen, kulturellen und sprachlichen Teilhabe im ländlichen Raum und zur Steigerung der Weiterbildungsbeteiligung bisher nicht erreichter Zielgruppen sollen Modellprojekte aufgelegt werden.

### **Antwort:**

Wir haben mit der BildungsZeit Plus ein Instrument entwickelt, das über ein Weiterbildungs-BAföG hinausgeht. Die BildungsZeit Plus sorgt mit einem individuellen Mix aus Zuschuss und Darlehen dafür, dass gerade die Menschen, die heute noch viel zu selten an Weiterbildungen teilnehmen, die Zeit und die Kosten dafür aufbringen können. (Antrag: „Bildungszeit PLUS - Weiterbildung für alle ermöglichen, lebenslanges Lernen fördern“, Drs. 18/7239)

Inwieweit wir die steuerliche Absetzbarkeit von Weiterbildungsangeboten erhöhen wollen, muss im Zuge der konkreten Ausgestaltung der BildungsZeit Plus erörtert werden. Eine breit angelegte Förderung der Weiterbildungsteilnahme, die gezielt diejenigen unterstützt, die bisher zu wenig an Weiterbildung teilnehmen, ist unserer Einschätzung nach vorrangig gegenüber einer exorbitanten Ausweitung von steuerlicher Absetzbarkeit. Denn dieses Instrument greift erst bei einem hohen Einkommen und nicht bei Teilzeitkräften, Geringqualifizierten, Frauen nach der Familienphase oder Migrant\*innen. Facharbeiter\*innen werden wiederum oft betrieblich weitergebildet oder haben tarifvertragliche Unterstützung. Modellprojekte wie die genannten sind ein sinnvoller Schritt, um die notwendige Kultur des Lebenslangen Lernens aufzubauen.

## Kompensatorische Bildung

*Es gefährdet nicht nur die individuelle Existenzsicherung, sondern auch den wirtschaftlichen Fortschritt unseres Landes, wenn Menschen aufgrund eines Scheiterns im Schulsystem, Unterbrechungen in der Berufsbiografie oder wegen anderer Gründe vom lebenslangen Lernen ausgeschlossen werden.*

#### Unsere Forderungen:

**Funktionaler Analphabetismus:** Um die dramatisch hohe Zahl von 7,5 Mio. Erwachsenen in Deutschland, die nicht ausreichend lesen und schreiben können, zu vermindern, bedarf es in der von Bund und Ländern ausgerufenen Nationalen Dekade für Alphabetisierung und Grundbildung neben der Förderung von Entwicklungsprojekten auch einer staatlichen Regelförderung, die allen Betroffenen die Teilnahme an Alphabetisierungs- und Grundbildungsangeboten ermöglicht.

**Zweiter Bildungsweg:** Alle Erwachsenen müssen die Möglichkeit erhalten, Schulabschlüsse nachzuholen - unabhängig von Alter, Erwerbs- und Aufenthaltsstatus sowie nationaler Herkunft. In Deutschland verlassen jährlich rund 70.000 junge Menschen die Schule ohne einen Abschluss. Von den nach Deutschland zugewanderten Erwachsenen verfügt über ein Drittel nicht über einen Schulabschluss.

**Bildungsübergänge und Weiterbildungsberatung:** Im Sinne erfolgreicher Lern- und Bildungsbiographien müssen Förderangebote als Bildungsketten miteinander verbunden werden, damit Anschlüsse eröffnet und Übergänge erleichtert werden. Alphabetisierung, Grundbildung, Integration und Zweite Bildungswege stehen vielfach unverbunden nebeneinander. Insbesondere müssen auch Strukturen der Weiterbildungsberatung ausgebaut und abgesichert werden.

#### **Antwort**

**Wir teilen alle genannten Forderungen. Der Zugang zur Alphabetisierung muss verbessert werden, das Nachholen von Schulabschlüssen erleichtert und Bildungsketten müssen über die Kooperation von Schulen mit Jugendberufsagenturen hinaus ausgebaut werden. Um all dies zu erreichen, ist die verstärkte Kooperation aller staatlichen Ebenen und der im Bereich aktiven Akteure notwendig. Wir haben in der letzten Legislatur die Stärkung der Grundbildung (u.a. im Antrag: „Bildungszeit PLUS - Weiterbildung für alle ermöglichen, lebenslanges Lernen fördern“, Drs. 18/7239), ein Ausbau- und Modernisierungsprogramm für die beruflichen Schulen (u.a. im Antrag: „Im Jahr 2016 die Berufsbildung fit für die Zukunft machen“, Drs. 18/8259), die Modernisierung der Hochschulen (u.a. im Antrag „In die Zukunft investieren - Ein Wissenschaftswunder initiieren“, Drs. 18/5207) und nicht zuletzt die Abschaffung des Kooperationsverbotes (u.a. im Antrag „Kooperationsverbot kippen - Zusammenarbeit von Bund und Ländern für bessere Bildung und Wissenschaft ermöglichen“, in Drs. 18/2747) beantragt. Leider hat keiner unserer Anträge die große Koalition zum Handeln bewegen können.**

#### **Digitale Weiterbildung**

*Die rasanten Prozesse der Digitalisierung erfordern den Erwerb umfassender Nutzungs- und mündiger Entscheidungskompetenzen. Menschen müssen dabei nicht nur mit digitalen Produkten und Funktionalitäten vertraut werden und ihre Informations- und Lerntechniken kontinuierlich erweitern, sondern auch ihre Analysefähigkeiten schärfen, um Informationen und Sicherheitsrisiken beurteilen zu können.*

### Unsere Forderungen:

**Förderprogramme:** Alle Förderprogramme der „Bildungsoffensive für die digitale Wissensgesellschaft“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) müssen so ausgestaltet werden, dass auch die Weiterbildung für die Erfordernisse und Möglichkeiten der digitalen Wissensgesellschaft gestärkt wird.

**Zugang für alle:** Digitale Bildung beschäftigt alle Menschen - lebenslang. Um einer drohenden digitalen Spaltung der Gesellschaft entgegenzuwirken, müssen insbesondere auch Ältere, arbeitssuchende Menschen, Berufsrückkehrer/-innen und Arbeitnehmer/-innen mit unregelmäßigen Arbeitszeiten sowie Erwachsene mit Grundbildungsbedarf in der Strategie des BMBF berücksichtigt werden.

**Digitale Informationszentren:** Auf kommunaler Ebene müssen bürgernahe Anlaufstellen eingerichtet werden, die bei allen Fragen rund um Medien- und Informationskompetenz und hinsichtlich aktueller Netzphänomene wie Fake News, Social Bots und Datamining Hilfestellung bieten. Die Weiterbildungseinrichtungen müssen am Aufbau und Betrieb der Informationszentren beteiligt werden, um eine Vernetzung mit ihren vielfältigen Bildungsangeboten sicherstellen zu können.

### **Antwort**

Wir stimmen Ihnen zu, was die Förderprogramme und die Notwendigkeit einer stärkeren Berücksichtigung der von Ihnen genannten Gruppen beim Zugang zu digitaler Bildung angeht. Ob es wirklich neuer Anlaufstellen bedarf, die Bürgerinnen und Bürger über aktuelle Netzphänomene informieren, halten wir indes für fraglich. Aus unserer Sicht leisten beispielsweise Bibliotheken, Schulen und andere Bildungseinrichtungen hier heute schon wertvolle Arbeit. Diese sollte man u.E. stärken, statt neue Institutionen zu schaffen und damit zu signalisieren, bei digitaler Bildung handelte es sich um eine Spezialaufgabe, die jenseits der etablierten Bildungs- und Weiterbildungsarbeit geleistet werden könne oder müsse. Zum anderen ist gerade für Fragen zur digitalen Lebenswelt eine analoge „Anlaufstelle“ sicherlich nicht erste Wahl der Nutzer\*innen. Hier setzen wir eher auf digitale Angebote, wie sie derzeit vielfältig entstehen von öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten bis hin zu Zeitungen oder der Bundeszentrale für politische Bildung. Insbesondere im schulischen Bereich muss die Verbesserung der Medienkompetenz im digitalen Raum als Lernziel größeres Gewicht bekommen.

### **Zusammenhalt durch allgemeine Weiterbildung**

*Unsere Gesellschaft ist von unterschiedlichen Spaltungstendenzen betroffen. Weiterbildung stärkt durch ihre Bürgernähe und ihre Begegnungsangebote den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Ihre Programme müssen den Bildungsbedürfnissen der gesamten Bevölkerung gerecht werden, gleiche Zugänge ermöglichen und gemeinsame Bildungsprozesse initiieren.*

### Unsere Forderungen:

**Gesellschaftlicher Zusammenhalt:** Neben der etablierten politischen Jugend- und Erwachsenenbildung bedarf es eines Förderprogramms zur flächendeckenden Umsetzung von neuen, innovativen Dialog- und Beteiligungsformaten auf kommunaler Ebene, um Menschen mit unterschiedlichen Herkünften und

Lebenslagen gemeinsam eine kritische und konstruktive Auseinandersetzung mit der Zukunft unserer Gesellschaft zu ermöglichen.

**Gesamtgesellschaftliche Integration:** Integration bedarf eines ganzheitlichen Bildungsansatzes, der (inter-) kulturelle, gesellschaftspolitische, berufliche und gesundheitsbezogene Bildung mit Sprachlernangeboten verknüpft. Darüber hinaus kann die Integration hunderttausender neu zugewanderter Menschen nur als ein gesamtgesellschaftlicher Prozess gelingen, in dem die Bildungsbedürfnisse von Zugewanderten und einheimischer Bevölkerung gleichermaßen berücksichtigt werden.

**Integrationskurse und Qualifizierung:** Die Maßnahmen des Bundes für Integration und Qualifizierung sind besser auszustatten. Sie müssen positive Lernbedingungen garantieren und die Lehrkräfte müssen angemessen vergütet und abgesichert werden. Insbesondere müssen auch die Träger ausreichend finanziert werden für die anspruchsvollen Organisations- und Betreuungsaufgaben. Eine nachhaltige Anhebung der Trägerpauschale ist hier unverzichtbar.

**Antwort:**

**Die Integrationskurse müssen besser werden: Wir brauchen eine Qualitätssteigerung, damit deutlich mehr Teilnehmende ihren Kurs mit ausreichenden Sprachkenntnissen abschließen können. Außerdem sollen die Kurse mehr noch als heute eine zeitnahe Eingliederung in den Arbeitsmarkt ermöglichen. Wir brauchen positive Lernbedingungen und eine angemessene Vergütung bzw. soziale Absicherung der Lehrkräfte. Und schließlich ist eine nachhaltige Anhebung der Pauschale unverzichtbar, damit die Kursträger ihre Organisations- und Betreuungsaufgaben noch besser erfüllen können.**

## **Personalstruktur**

*Mehr und mehr übernimmt die Weiterbildung Daueraufgaben, die im besonderen öffentlichen Interesse liegen und politisch gewünscht sind. Mit diesen Maßnahmen wächst die Zahl der Lehrkräfte, die im Haupterwerb in der Weiterbildung tätig, aber nicht (ausreichend) sozial abgesichert sind.*

Unsere Forderungen:

**Soziale Absicherung von Kursleitenden:** Die von Bund, Ländern und Kommunen aufgelegten und verantworteten Weiterbildungsprogramme müssen finanziell so dimensioniert sein, dass Lehrkräfte leistungsgerecht bezahlt und bei Bedarf sozialversicherungspflichtig beschäftigt werden können. Zur sozialen Absicherung von Kursleitenden müssen gegebenenfalls Zuschläge zur anteiligen Deckung der Sozialversicherungskosten finanzierbar sein.

**Weiterbildungssozialkasse:** Die Einrichtung einer Weiterbildungssozialkasse oder alternativ die Aufnahme von Lehrkräften in die Künstlersozialkasse ist zu prüfen, um eine trägerübergreifende soziale Absicherung für freiberufliche Lehrkräfte sicherzustellen.

**Antwort**

**Wir setzen uns für gute Arbeitsbedingungen für die Lehrbeauftragten in der Weiterbildung ein. Die Kursvergütungen durch den Bund müssen so ausgestaltet sein, dass eine angemessene Vergütung inkl. der sozialen Absicherung der Lehrkräfte möglich ist. Gegen die Einrichtung einer eigenen „Weiterbildungssozialkasse“ haben wir Bedenken. Aus unserer Sicht spricht**

viel dafür, die starke Gliederung nach Berufsstand nicht noch zu verstärken. Eine trägerübergreifende soziale Absicherung ist sehr sinnvoll, kann aus unserer Sicht aber auch in der gesetzlichen Rentenversicherung gewährleistet werden.